

**RS OGH 1964/6/25 2Ob154/64,  
7Ob246/01d, 6Ob17/02x**

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 25.06.1964

## Norm

KO §30 Abs1 Z1

KO §31 Abs1 Z2

ZPO §228 A2

## Rechtssatz

Ein Begehren des Masseverwalters auf Unwirksamklärung eines von einem früheren Dienstnehmer des Gemeinschuldners erworbenen grundbücherlichen Pfandrechtes gegenüber den Gläubigern des Gemeinschuldners ist kein Feststellungsbegehren im Sinne des § 228 ZPO. Es ist vielmehr auf die Abänderung von Rechten durch konstitutiven Richterspruch gerichtet. Die Feststellung, daß dem anderen Teil auf Grund bestimmter Tatsachen die Zahlungsunfähigkeit des Gemeinschuldners bekannt sein mußte, ist, anders als die Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit, nicht eine Tatfrage, sondern eine rechtliche Schlußfolgerung und daher Gegenstand der rechtlichen Beurteilung. Sie kann daher auch noch im Revisionsverfahren geprüft werden.

## Entscheidungstexte

- 2 Ob 154/64  
Entscheidungstext OGH 25.06.1964 2 Ob 154/64  
Veröff: RZ 1965,30
- 7 Ob 246/01d  
Entscheidungstext OGH 27.02.2002 7 Ob 246/01d  
nur: Die Feststellung, daß dem anderen Teil auf Grund bestimmter Tatsachen die Zahlungsunfähigkeit des Gemeinschuldners bekannt sein mußte, ist, anders als die Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit, nicht eine Tatfrage, sondern eine rechtliche Schlußfolgerung und daher Gegenstand der rechtlichen Beurteilung. (T1)
- 6 Ob 17/02x  
Entscheidungstext OGH 12.12.2002 6 Ob 17/02x  
Auch; Beisatz: Die Frage der Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit ist eine nicht reversible Tatfrage. (T2)

## Schlagworte

SW: Arbeitnehmer

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1964:RS0038811

## Dokumentnummer

JJR\_19640625\_OGH0002\_0020OB00154\_6400000\_001

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)